

MONTAGSGESICHT

«Die Jurafrage ist seit 1975 erledigt»

Virginie Heyer ist Gemeindepräsidentin von Perrefitte und plädiert für einen Verbleib des Berner Juras bei Bern

Mit 27 Jahren ist Virginie Heyer nicht nur die jüngste Gemeindepräsidentin des Kantons Bern; sie ist auch das jugendliche Gesicht der bernstreuen Vereinigung «Notre Jura bernois». Für Heyer liegt die Zukunft des Berner Juras im Kanton Bern.

Andrea Kucera

Virginie Heyer hat einen schweren Stand an diesem Abend Ende September. Gemeinsam mit zwei weiteren bernstreuen Politikern tritt sie an einer Radio-Debatte in Moutier gegen drei autonomistische Redner an. Es geht um die Abstimmung vom 24. November über die Frage, ob der Berner Jura beim Kanton Bern bleiben oder mit dem Kanton Jura einen neuen Kanton gründen soll. Die 27-jährige Gemeindepräsidentin von Perrefitte erhält selten das Wort, und wenn, spricht sie abgehakt und vage. Dabei hat sie eigentlich eine glasklare Meinung: «Die Jurafrage ist seit 1975 erledigt.» Damals hatte sich der Berner Jura für den Verbleib beim Kanton Bern entschieden, und Heyer sieht keinen Grund, weshalb im Jahr 2013 an dieser Tatsache gerüttelt werden soll.



Für Virginie Heyer haben Fragen zu den Kantonsgrenzen keine Priorität mehr.

SIMON TANNER / NZZ

Die Prioritäten der Jungen

Im persönlichen Gespräch, das wir im Anschluss an die Debatte in der Aula einer Primarschule führen, werden die Visionen und Argumente der jungen Frau fassbarer als während des Streitgesprächs. Heyer weiss, was sie will. Zum Beispiel kein Abendessen zu später Stunde. Sie müsse schon an der Arbeit ständig an Apéros und Geschäftsessen, schrieb Heyer im Vorfeld des Treffens per Mail auf den entsprechenden Vorschlag. Sie arbeitet als Revisorin bei einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen in Bern. Wir begnügen uns für das Interview deshalb mit den Zuschauerfragen der nunmehr leeren Aula. Um uns herum machen sich derweil die Techniker an den Kabeln, Mikrofonen und Mischpulten zu schaffen.

Als Heyer vor rund einem Jahr die Co-Präsidentschaft der bernstreuen Vereinigung «Notre Jura bernois» übernahm, kam sie aus dem Nichts. Kaum jemand kannte die junge BDP-Politikerin, die seit dem 1. Januar 2012 Gemeindepräsidentin einer Nachbargemeinde von Moutier war. Inzwischen hat sich das geändert: Heyer hat im Hinblick auf die Abstimmung im November mindestens einen Auftritt pro Woche. Für das Co-Präsidium wurde sie angefragt, weil Jean-Pierre Graber, der 67-jährige Übervater des bernstreuen Lagers, den Lead nicht alleine übernehmen wollte. Als junge, unverbrauchte Kraft kann Heyer die Position derjenigen einbringen, die die Juraplebizite der 1970er Jahre nicht miterlebt haben.

Sie glaubt, dass die Jurafrage für die junge Generation Geschichte ist. «Wir haben andere Prioritäten als Kantonsgrenzen.» Diese Darstellung stimmt nur bedingt, zumal Studenten aus dem Berner Jura vor wenigen Monaten eine autonomistische Bewegung gegründet haben. Laut einer Umfrage vom letzten Juni spricht sich aber in der Tat eine Mehrheit der 18- bis 34-Jährigen für den Verbleib beim Kanton Bern aus. Heyer sieht auch deshalb keinen Vorteil in einem Kantonswechsel, weil sie von den Konditionen des Sonderstatus des Berner Juras im Kanton Bern überzeugt ist.

Die rund 50 000 französischsprachigen Bernjurassier machen zwar nur 6 Prozent der mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung des Kantons Bern aus, dürfen aber einen von sieben Regierungsräten stellen. Zudem sind ihnen 12 Sitze im 160-köpfigen Parlament garantiert. Den Einwand, dass der Berner Jura in einem neuen Kanton Jura die Hälfte aller Parlamentssitze und Regierungsposten beanspruchen könnte, lässt Heyer nur bedingt gelten. Das stimme schon, aber man könne die beiden Szenarien nicht direkt vergleichen. Zudem ändere dies nichts daran, dass sie den Sinn hinter einem neuen Kanton Jura nicht sehe. «Warum sich auf diese langwierige Auseinandersetzung einlassen, wenn uns die jetzige Situation behagt?» Heyer macht kein Hehl daraus, dass abstrakte politische Diskussionen nicht ihr Ding sind. «Für mich ist das reine Zeitverschwendung.» Lieber investiere sie ihre Energie in konkrete Projekte, die der Bevölkerung einen direkten Mehrwert brächten. So habe sie als Gemeindepräsidentin eine Website für Perrefitte ins Leben gerufen und bei allen defekten Strassenlampen die kaputten Birnen ersetzen lassen. Auch das Anbringen von Schildern mit den Strassenamen gehe auf ihr Konto.

Mehrwert brächten. So habe sie als Gemeindepräsidentin eine Website für Perrefitte ins Leben gerufen und bei allen defekten Strassenlampen die kaputten Birnen ersetzen lassen. Auch das Anbringen von Schildern mit den Strassenamen gehe auf ihr Konto.

Politische Ambitionen

Heyers Ideen für den Berner Jura gehen natürlich über Strassenlampen und Schilder hinaus. Gerne würde sie die Wirtschaftsförderung vorantreiben und zweisprachige Ausbildungsgänge an den Berufsschulen einführen. Diese Visionen seien zurzeit jedoch auf Eis gelegt, weil die Juradebatte alles andere überschattete, sagt Heyer.

Sie hofft, dass mit einem Nein am 24. November die vielen «débats» ein Ende haben werden und sie sich wieder anderem zuwenden kann – zum Beispiel ihrer Kandidatur für das Berner Parlament bei den Erneuerungswahlen Ende März 2014.

Die Qual der Wahl des Wahlsystems

In Schwyz stehen acht Wahlsysteme und zwei Volksinitiativen der SVP und der Linken zur Diskussion

Der Kanton Schwyz tut sich schwer mit der Einführung eines Wahlverfahrens, das den Anforderungen des Bundesgerichts genügt. Letztlich werden die Mitteparteien einen gangbaren Weg aufzeigen müssen.

Erich Aschwanden, Schwyz

Das Erstaunen war gross, als sich die Stimmberechtigten in Zug und Nidwalden Ende September nach kontroversen Diskussionen für das Wahlsystem doppelter Pukelsheim entschieden (NZZ 24. 9. 13). «Vor allem die Klarheit der Entscheide hat uns überrascht», sagt der Schwyzer Regierungsrat André Rügsegger (svp.). Auch die Schwyzer Regierung sieht sich vor der Herausforderung, Verfassung und Wahlrecht den Anforderungen des Bundesgerichts anzupassen.

Setzt nun also auch Schwyz auf das neue Proporzverfahren, bei welchem die Parlamentssitze den Parteien zuerst über den ganzen Kanton und dann gemeindeweise zugeteilt werden? Doch so einfach ist es nicht. Die Schwierigkeit liegt darin, dass der Kanton Schwyz aus

30 Gemeinden und damit Wahlkreisen von sehr unterschiedlicher Grösse besteht. Freienbach zählt fast 16 000 Einwohner, Riesenstalden weniger als 90. Faktisch finden in 13 der 30 Gemeinden mit einem Kantonsratswahl Majorzwahlen statt. Die Einführung des doppelten Pukelsheim hätte daher stärkere Auswirkungen auf die Sitzverteilung als in Zug und Nidwalden mit ihrer homogenen Gemeindestruktur.

Parteien sind uneins

Von einer breit abgestützten Lösung ist man noch weit entfernt. Eine erste Vernehmlassungsrunde, bei der acht Wahlmodelle zur Diskussion gestellt wurden, hat keine Klarheit gebracht, sondern nur bewiesen, dass die Parteien zerstritten sind. Einigkeit herrscht eigentlich nur darüber, dass jede Gemeinde auch weiterhin mindestens einen Kantonsrat stellen soll.

Zusätzlich kompliziert wird die Ausgangslage, weil inzwischen zwei Initiativen «auf dem Markt» sind. Die SVP verlangt in ihrem Volksbegehren, der Kantonsrat solle künftig in sämtlichen Gemeinden nach dem Majorzverfahren gewählt werden. Nächste Woche wird die Initiative «Für gerechte Proporzwahl-

len» eingereicht, die von den fünf kleineren Parteien des Kantons Schwyz, inklusive SP, lanciert wurde. Dies bestätigt Grünen-Präsident Toni Reichmuth. Welches Proporzsystem zur Anwendung kommen soll, legt das Volksbegehren nicht fest, heisst es doch bloss unverbindlich: «Die Sitze sind den politischen Gruppierung so zuzuteilen, dass die Stimme jeder Wählerin und jedes Wählers im ganzen Kantonsgebiet möglichst gleiches Gewicht hat.» Gemäss Reichmuth sind auch andere Modelle als der doppelte Pukelsheim möglich. Zentral sei jedoch eine Wahlkreisreform.

Schwanders radikale Idee

Bis Ende Jahr will die Regierung nun einen Modellentscheid fällen und einen oder zwei Vorschläge in eine zweite Vernehmlassung schicken. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass einer davon das Majorzverfahren sein wird. Ist doch die SVP klar wählerstärkste Partei im Kanton und stellt drei Regierungsräte. Alles andere wäre in den Augen von Nationalrat Pirmin Schwander ein Affront. Doch eine Alternative gäbe es für den SVP-Vertreter: «Wenn schon ein neues Proporzsystem eingeführt wird, erwarte ich auch, dass

der Regierungsrat künftig im Proporz gewählt wird.» Weiter verlangt er eine Art Karenzzeit für neugegründete Parteien, damit diese nicht unmittelbar nach den ersten Wahlerfolgen Parteivertreter in die Gerichte und andere Institutionen abordnen können. Diese radikale Idee dürfte kaum die Lösung für das Schwyzer Wahlchaos sein. Auch die Majorzlösung wird ausserhalb der SVP skeptisch betrachtet. So wird es an FDP und CVP liegen, den gordischen Knoten zu durchhauen.

Bisher haben sich die Mitteparteien unterschiedlich positioniert. Die CVP spricht sich in erster Linie für ein Mischsystem zwischen Majorz und Proporz aus. Gemäss diesem Modell soll lediglich in Gemeinden mit neun und mehr Sitzen im Proporz gewählt werden. Konkret wären dies Schwyz, Freienbach und Einsiedeln. Die FDP dagegen will das Proporzmodell «Wahlkreisverbände mit Gemeinden als Wahlkreise» einführen. Die 100 Sitze im Kantonsrat würden demnach in Wahlkreisverbänden ermittelt und anschliessend auf die Gemeinden verteilt. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die Mitteparteien den Weg zueinander finden und einen konsensfähigen Vorschlag auf den Tisch legen können.

Kopfsteuer und Kanalgebühr

Die Stadt Chur muss sparen

Graubündens Hauptort droht tief in die roten Zahlen zu rutschen. Die Stadtregierung will Gegensteuer geben – mit zum Teil unpopulären Massnahmen.

pja. Chur · Schon die letzte Stadtregierung sah die Zukunft Churs tiefrot. Daher schlug sie vor etwa drei Jahren eine lange Reihe von Massnahmen vor. Doch einen guten Teil davon strich sie wieder, unter anderem wegen der aufbegehrenden Stadtbevölkerung. So schmettete beispielsweise das Stimmvolk die geplante Kanalgebühr ab. Am Ende konnte die Stadt nur 5 Millionen Franken einsparen, während die Nettoverschuldung zwischen 2008 und 2012 um etwa 38 auf 112 Millionen anwuchs. In der Rechnung 2012 kann die Stadt einen Ertragsüberschuss verzeichnen: Bei einem Aufwand von 242 Millionen Franken ergibt sich ein Plus von 1,4 Millionen. Das positive Ergebnis 2012 ist jedoch nur dank einmaligen Sondereffekten erreicht worden; ohne diese hätte Chur laut der Schweizerischen Depeschagentur ein Defizit von rund 6 Millionen verbucht. Wie vom Stadtparlament beschlossen, musste die seit Jahresbeginn amtierende neue Exekutive deshalb ein Sparprogramm auf die Beine stellen. Das Ziel ist, eine Entlastung von 20 Millionen durch Einsparungen und neue Gebühren zu erreichen.

Kürzlich hat die Stadtregierung ihre Vorschläge vorgestellt. Eine Neuaufgabe erlebt die ungeliebte Kanalgebühr, die Mehreinnahmen von 2,2 Millionen bringen soll. Zusammen mit erhofften 5 Millionen aus der Erhöhung der Liegenschafts- und Handänderungssteuer macht sie den grössten Brocken aus. Andere Massnahmen fallen für die Einwohner finanziell weniger ins Gewicht, sind aber noch viel unpopulärer. Vorgeesehen sind unter anderem eine Erhöhung der Kehrichtsackgebühr um 20 Rappen auf 1 Franken 70 sowie eine jährliche Kopfsteuer von 20 Franken, welche die Ausgaben für Veranstaltungen wie etwa das Churer Stadtfest decken soll. Weiter will die Exekutive die Kartonabfuhr abschaffen und die Parkplatzgebühren ausbauen.

Ein Sparvorschlag erweist sich als staatspolitisch brisant: die Aufhebung zweisprachiger Klassen in den Elementar- und Sekundarschulen sowie Kindergärten. Die Interessenvereinigungen Lia Rumantscha und Pro Grigioni Italiano sind empört, dass dies ausgerechnet die Hauptstadt des einzigen dreisprachigen Kantons der Schweiz plant.

Ende Monat kommt das Sparprogramm vors Stadtparlament. Wenn diesem die Vorschläge nicht passen, so hat die Exekutive weitere Ideen zur Hand. Zum Beispiel die Streichung von Buslinien und Kulturbeiträgen.

IN KÜRZE

Zurückhaltung bei Kampagnen

(sda) · Die Banken legen Parteispender transparenter dar als andere grosse Firmen, so eine Umfrage der Aktionsvereinigung Actares unter den Firmen des Swiss-Market-Indexes. Zugeknöpft zeigen sie sich indes bei Beiträgen an Verbände und für Kampagnen. Auskunftsfreudig gab sich dazu Julius Bär: 2011 und 2012 unterstützte die Bank politische Kampagnen, etwa von Economiesuisse, mit über 230 000 Franken.

Sommaruga und das Botschaftsasyll

(sda) · Eine Wiedereinführung des kürzlich abgeschafften Botschaftsasylls ist für Bundesrätin Simonetta Sommaruga angesichts des europäischen Flüchtlingsproblems eine Überlegung wert und werde unter den Schengen-Ländern diskutiert. So etwas müsse aber auf jeden Fall in Absprache mit anderen Ländern erfolgen, sagte Sommaruga gegenüber Radio SRF.